

Einzelpreis 4500 Mr.

Bezugspreis für September wenn vor dem 5. September entrichtet:
In der Geschäftsstelle 110.000 Mr. pol
Durch Zeitungsboten 120.000 :
die Post . . . 12.000 :
Ausland . . . 150.000 :
Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.
Telephon Nr. 6-86.
Postcheckkonto 60.689.

Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 93.

Lodz, Mittwoch, den 5. September 1923.

1. Jahrgang.

Mussolini über den griechisch-italienischen Konflikt.

Austritt Italiens aus dem Völkerbund?

Now, 4. September. (Pat.) Stefani. In der Sitzung des Ministerrats gab Mussolini eine Erklärung über die auswärtige Lage ab, wobei er u. a. ausführte, daß die italienische öffentliche Meinung sehr überrascht und zugleich betroffen sei von dem Verhalten eines beträchtlichen Teiles der englischen Presse. „Wir hoffen die Hoffnung, daß die derbe Sektion, die mit politischem Realismus von jenseits des Kanals erhalten haben, Italien endgültig von der Krankheit der konventionellen Phrasen heilen wird.“ Betreffs des Völkerbundes werde, führte er weiter aus, die italienische Delegation die Weisung erhalten, daß der Völkerbund ans drei Gründen für die Entscheidung der griechisch-italienischen Frage absolut unzuständig sei.

„In der Annahme, daß der Völkerbund ungeachtet dessen seine Zuständigkeit aufrecht erhalten wird, müssen wir die Frage aufrufen: „Im Völkerbund verbleiben oder ausscheiden?“ Ich habe mich für die zweite Möglichkeit entschieden und bitte, daß der Ministerrat erklären wolle, ob er sich mit der gestern Gaviratti erzielten formellen Weisung einverstanden erklärt, die Sandri dem Völkerbund hemmisch vorstellen wird.“

Der Ministerrat schloß sich dem Standpunkt des Ministerpräsidenten völlig und vorbehaltlos an.

Now, 4. September. (Pat.) Stefani. Zu einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ erklärte Mussolini u. a., daß jeder einzelne Staatsmann an seiner Stelle genau so vorgezogen wäre wie er. Auch als im Jahre 1916 einige französische Matrosen in Athen erschlagen worden seien, habe Frankreich keine milde Bedingungen gefordert, als jetzt Italien; ebenso habe sich Frankreich Griechenland gefährdet, was nun mehr auch die italienische Regierung getan habe. Wenn Griechenland diese Bedingungen erfüllt haben werde, werde die Besetzung Korfu aufgehoben. Doch wäre es besser, wenn Griechenland sich mit der Genugtuung beeilen würde, da es in der nächsten Woche infolge der hohen Ausgaben für die Abstimmung mehr zahlen müsse. Sollte Griechenland die Bedingungen nicht erfüllen, so würden die italienischen Truppen für unbegrenzte Zeit auf Korfu verbleiben. Andere Emanzipationsmaßnahmen sollte die italienische Regierung nicht ergreifen, es sei denn, daß Griechenland die italienischen Staatsbürger oder deren Eigentum antasten sollte. In diesem Falle würde Italien unverzüglich eine militärische Aktion in die Wege leiten.

Now, 4. September. (Pat.) „Corriere Italiano“ erhält aus Athen neue Einzelheiten über die Ermordung der Griechenkommission, die die Verantwortlichkeit der griechischen Behörden für die Mordtat beweisen. Demnach sei der Mord in einer Entfernung von 200 Meter von der Kommandantur des 15. griechischen Bataillons von griechischen Soldaten ausgeführt worden. Als die Mitglieder der voraus geschickten albanischen Delegation, beunruhigt über das lange Ausbleiben der Italiener, diesen entgegenfahren wollten, habe sie der griechische Militärrat in Kalilia nicht passieren lassen. Große Empörung habe auch das Verhalten des griechischen Obersten Votsaxis ausgelöst, der, als er am Tatort anlangte und den italienischen Major Corri noch am Leben fand, stellte ihn zu retten, sich nach dem nächsten griechischen Festtag begab, um Maßnahmen für die Verfolgung der Mörder zu treffen. Als er noch einmal zurückkehrte, sei Corri bereits tot gewesen.

Now, 4. September. (Pat.) Der „Messager“ nennt bei Besprechung des griechisch-italienischen Konflikts die Forderung Griechenlands nach einer Intervention des Völkerbundes ein Mittel zum Zweck, um gewisse Fragen zu entscheiden, die weit über den Rahmen des eigentlichen Konflikts hinausgingen. Das griechische Kabinett Gonatas sei bis jetzt von den Mächten noch nicht anerkannt worden, und könne sich somit nicht an einen Zusammenschluß legaler Regierungen, wie es der Völkerbund sei, wenden. Es sei klar, daß isoliert nur das Kabinett Gonatas zu der Diskussion in Genf zugelassen werden wäre, die Regierungen der übrigen Mächte in automatischer Weise verpflichtet gewesen wären, dieses Kabinett als eine legitime Regierung anzuerkennen. So wäre es also mittels der Ermordung von fünf Personen dem griechischen Kabinett gelungen, die internationale Anerkennung, die ihm bisher verweigert worden war, zu erringen. (Man wird gut tun, diese etwas gewagten Schlüssefolgerungen des eingangs erwähnten Blattes mit Voricht aufzunehmen. — Anm. der Schriftl.)

In Erwartung des Entscheids der Botschafterkonferenz.

Paris, 4. September. (Pat.). Die Botschafterkonferenz wird nach dem Eintreffen des Wortlauts der griechischen Antwort unverzüglich zusammentreten. Zur Sicherung der Note hat Poincaré den französischen Gesandten in Athen ermächtigt.

Paris, 4. September. (Pat.). Poincaré empfing gestern den italienischen Botschafter.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Polen und Danzig.

Paris, 2. September. Der öffentliche Teil der geistigen Sitzung des Völkerbundsrates war pünktlich den zwischen Danzig und Polen schwelenden Fragen gewidmet, die durch lange Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Regierungen unter Vorsitz des Völkerbundskommissars Mac Donell und unter Mithilfe von Beamten des Völkerbundessekretariats geregelt worden sind.

Nochmals der Rat in seiner letzten Sitzung bereitete alle Danzig verlegenden Ansprüche zufriedenstellend zu. Sollten sich die Vertreter der Freien Stadt mit Polen über die meisten der schwierigen Fragen einigen, so würden zum Teil dauernde, zum Teil beschränkte Abkommen über alle diese Fragen abgeschlossen, von denen der Rat gestern Kenntnis nahm und zu deren Abschluß er die Vertreter der beiden Regierungen beglückwünschte.

Die etwa 30 durch Abkommen geregelten Fragen betreffen fast alle das Gebiet der gemeinsamen Interessen Danzigs und Polens. Insbesondere sind Dauerablöschungen geschlossen worden über die Stellung des Hafenausschusses in Danzig sowie über die verschiedenen Fragen der Zollstatistik, der Ein- und Ausfuhrstatistik, des Zollpersonals und der Auslegung der Artikel 3 und 6 der Danzig-polnischen Konvention vom September 1920.

Vorläufige Abkommen wurden abgeschlossen über die Finanzen des Hafenausschusses, über den Grundvertrag der Polen auf Danziger Gebiet und über die rechtliche Stellung der Polen infolge der Meinungsverschiedenheiten des Artikels 88 der genannten Konvention.

Abkommen auf 7 Jahre wurden geschlossen über die Anstellung von polnischen Staatsangehörigen durch den Hafenausschuß.

Der Rat soll noch ein Ergänzungsschlüssel abstimmen abgeschlossen werden über Zollprozesse mit dem Hafenausschuß und über Artikel 3 der genannten Konvention betreffend Danziger Staatsangehörige beim polnischen Konsulat.

Der Rat soll noch weiter verhandeln u. a. über die Frage des Hafenausschusses, die Verwaltung der Weichsel auf Danziger Gebiet, die Annahme von Danziger Notgeld durch die polnische Garnison, die Errichtung einer polnischen Handelskammer in Danzig und das diplomatische Personal in Danzig.

Weiter wurde eine große Reihe von Meinungsverschiedenheiten des Völkerbundskommissars durch Zurücknahme der Berufung seitens Polens oder Danzigs oder durch Erklärungen der Danziger bzw. der polnischen Regierung geregelt. Der Völkerbundskommissar drückte in einem vom 1. September datierten Brief an den Völkerbund die Ansicht aus, daß dem Rat nur noch eine einzige Frage zu regeln bleibe, die freilich eine Frage von allererster Bedeutung und außerster Dringlichkeit sei, nämlich die Frage der für angestellte Lage Danzigs.

Präsident Sahm sprach in einer kurzen Rede dem Rat und dem Völkerbund seinen Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr, nachdem auf Wunsch des Rates die schwierigen Fragen geregelt und damit alle Haushaltungsbedingungen für Danzig sichergestellt seien, der Rat auch sein Möglichstes tun werde, um das Leben der Freien Stadt Danzig selbst durch seine Hilfe bei der Regelung der Finanzfrage sicherzustellen.

Erscheint mit Ausnahme der nach Sonntagen folgenden Tage frühmorgens

Anzeigenpreise:

Die 7.-gep. Millimeterzeit 1800 Mr. pol.
Die 3.-gep. Reklamez. (Millim.) 6000 -
Eingesandt im lokalen Teile 12000 -
bis zum 6. September wenn im voraus entrichtet.

für arbeitsuchende besondere Vergütungen. Anzeigen an Sonn- und Feiertagen werden mit 25 Prozent berechnet, Auslandsinteresse 50%. Zugang bei Betriebsstörung durch höhere Gewalt, Arbeitsniederlegung, Schließung der Zeitung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Stiller Heldenmut.

Ein englisches Urteil über den Kampf der Ruhrarbeiter.

Vor einigen Monaten hat sich eine Abordnung der englischen Transport General Workers Union unter Führung von Tillett nach dem Ruhrgebiet begeben, um an Ort und Stelle die durch die Besetzung geschaffenen Verhältnisse zu untersuchen. Die gewonnenen Eindrücke sind in einer soeben im Verlag der Labour Publishing Company (London) erschienenen Schrift „The Ruhr“ niedergelegt und läßt einen erheblichen Beitrag zur Darstellung der Vorgänge im Ruhrgebiet darstellen. Hier sei zunächst wiedergegeben, was die Abordnung über den Widerstand der deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet berichtet.

„Wir fanden die Arbeiter trotz der großen Opfer fest zum Widerstand entschlossen. Diese Politik entspricht ihrer freien Überzeugung. Die deutschen Arbeiter wollen nicht unter fremden Bajonetten arbeiten. Sie haben diesen Kurs verfolgt aus Hass gegen den Militarismus und aus Glauben an das Recht zu politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands. Es ist daher wichtig für die Ruhrarbeiter, daß ihnen eine angemessene Unterstützung in Lebensmitteln und ein hoher Lebensstandard gewährt wird.“

Im Beginn der Besetzung erkannten die Gewerkschaften, daß die massive Résistance die einzige Waffe zur Bekämpfung des französischen Militarismus darstelle. (Der deutsche Arbeiter sieht sich der Welt ein Beispiel für die Erfolgsfähigkeit militärischer Methoden gegenüber denen einer enttäuschten Passivität zu geben.) Aktiver gewaltiger Widerstand gegen die Franzosen würde den Militarismus in Deutschland wieder ins Leben rufen.“

Viele kompetente deutsche Beobachter und Bewohner des Ruhrgebietes verneinen, daß der Monarchismus im Anwachsen verlassen sei, obwohl die Reaktion in anderen Teilen Deutschlands durch die Besetzung verstieß worden ist. Die Gewerkschaftsführer haben tapferstig jedes Anwachsen der Reaktion bekämpft.

Oft hat man uns gesagt, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes niemals mehr Militarismus erdulden würden und das monarchisch-imperialistische Gefühl nicht mehr wiederleben könnten, aber wir bemerkten, daß gewisse Elemente der politischen Masse sich jetzt nach rechts gezogen fühlen als Resultat der französischen Besetzung und der extremistischen Gewalttätigkeit.

Die Arbeiter bei Krupp sind so antimilitärisch, daß sie, wie man uns erklärte, ablehnen, Geschütze für südamerikanische Staaten herzustellen, und daß deren Betriebskomitee die Sicherung geben mußte, daß in Zukunft keine Rüstungsarbeiten ausgeführt werden.

Über in der britischen Zone fanden wir viele strenge Beobachter, die uns die Sicherung äußerten, daß die französische Politik den militärischen Geist und das Verlangen nach Revanche unter den Deutschen wieder belebe. Ein hoher britischer Beamter sagte uns: „Vor 18 Monaten herrschte unter dem deutschen Volke Wille zum Frieden ... jetzt greift eine Wandelung um sich ...“ Ein anderer billigte sich darüber, daß eine der Absichten der verbündeten Biegung im Rheinland, die Sicherung des europäischen Friedens, durch die französische Politik vereitelt worden sei und daß französischer Militarismus und Autokratie den alten Geist unter dem deutschen Volke wieder geweckt habe.“

„Wir können uns — schließt der Bericht — kein Zweifel darüber hingeben, daß die Franzosen den Widerstand der deutschen Arbeiter gebrochen sehen möchten. Im Hinblick auf alles, was wir gesehen und gehört haben, können wir nur die Angabe, die Disziplin und die Fülle dingebung der deutschen organisierten Arbeiter in dieser unruhigen und kritischen Periode bewundern.“

Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Tolkurs = 249,000 poln. Mark.

Mussolini über den griechisch-italienischen Konflikt.

Austritt Italiens aus dem Völkerbund?

Polen verucht weiterhin Griechenland für den Mord verantwortlich zu machen.

Das Unglück in Japan.

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Polen und Danzig.

Neuer Straßenbahntarif in Lodz.

Lokales.

Szczecin, den 5. September 1928.

Den deutschen Schulgemeinden zur Orientierung.

Uns wird geschehen:

In der letzten Zeit laufen in die Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten in Szczecin und im Büro unserer Fraktion im Sejm sehr viel Klagen der deutschen Schulgemeinden über die Beiratung und Schließung der deutschen Schulen durch die Schulräte ein. Die Erledigung aller dieser Beschwerden erfordert viel Arbeit und ist sogar mit bedeutenden Kosten für Porto und Schreibmaterialien verbunden. Die Spenden zum Unterhalten unserer Geschäftsstelle laufen trotz der wiederholten Bitten sehr s福rlich ein, so daß wir keinen Schriftf黨rer und keine Maschinenschreiberin weiter erhalten k鰊nen. Aus diesem Grunde ist es uns unm鰃lich, alle Anfragen einzeln zu beantworten. Somit teile ich auf diesem Wege allen interessierten Gemeinden mit, daß die das deutliche Schulwesen betreffenden Gesetze und Verordnungen bis jetzt in keiner Weise abgehandelt worden sind. Ueberall, wo 40 deutsche Kinder sich befinden, herren Eltern den Unterricht in der deutschen Sprache wünschen, muß die Schule mit deutscher Unterrichtssprache weiter bestehen. Das Vermischen der deutschen Kinder mit den polnischen zur Gründung einer vielfältigen Schule ist ungesehlich und verstößt gegen Art. 18 des Gesetzes vom 17. Februar 1922 über die Gründung und Erhaltung der öffentlichen Volksschulen. Das Angehören der deutschen Kinder zu verschiedenen Gemeinden darf als Grund zum Schließen einer deutschen Schule nicht dienen, da der Art. 5 des genannten Gesetzes ganz deutlich das Besuchen einer und derselben Schule durch die Kinder aus verschiedenen Gemeinden regelt. Alle Schulhäuser und Schulgrundstücke der deutschen Schulen sollen gemäß Art. 29 des Ministeratsbeschlusses vom 3. März 1919 diesen Schulen zur weiteren Benützung überlassen werden. Wo diese Verordnungen und Gesetze von dem Schulbehörden am Orte vergeblich werden, empfehlen wir unseren Volksgenossen durch ihre Vertreter in den „dozór szkolny“ und in der „rada szkolna powiatowa“ ganz energisch dagegen anzutreten (zumal wo 2 Proz. evangelische sind, haben sie das Recht, einen Vertreter zu entsenden). Nährt dieses nicht, so muß sich der Schulvorstand, oder die Eltern der Schulkinder durch eine Delegation oder schriftlich an den Schulinspektor wenden, der verpflichtet ist darüber zu wachen, daß die Schulgesetze nicht missachtet werden. Hilft das alles nicht, dann bitten wir, uns ganz genau und wahrheitsgetreu einen schriftlichen Bericht oder ein Gesuch mit Unterschriften des Schulvorstandes, oder noch besser der Eltern der Schulkinder zuzusenden. Wir werden dann die nötigen Schritte bei der Regierung unternehmen.

Zur Verhinderung aller dieser, die auf ihre Gelüste bis jetzt keine Antwort erhalten haben, teilen wir mit, daß die deutsche Sejmfraktion bis jetzt alles getan hat, was nur möglich war, um unser Schulwesen zu erhalten und auszubauen. Wir haben die Regierung auf die Mißbräuche der einzelnen Schulbehörden in der Provinz aufmerksam gemacht, längere Denkschriften über die Not unserer Schulen vorlegte, mehrere Interpellationen an den Unterrichtsminister und sogar an den Ministerrat eingeschickt. Die Regierung zögert aber mit ihren Antworten ohne Ende. Wir glauben, daß nur ein entsprechendes Schulgesetz für die Minderheiten der Not unserer Schulen ein Ende beenden könnte. Wir haben es schon so weit gebracht, daß die Sejmkommission die Regierung zum Vorlegen eines solchen Gesetzes aufgefordert hat. Der frühere Minister hat dieses Gesetz auch ausgearbeitet und es sollte dem Sejm vorgelegt werden. Der neue Minister von der „rein polnischen Mehrheit“ hat aber mit dem Einenden dieses Gesetzes in den Sejm gedrängt. Der Deutsche und der Ukrainerische Club im Sejm haben daher während der letzten Sessjon Dringlichkeitsanträge eingereicht, die die Regierung zur Beschleunigung der Regulierung der brennenden Schulfragen der Minderheiten auffordern. Der Unterrichtsminister begründete die Verzögerung der Einreichung des geforderten Gesetzes damit, daß auch das polnische Schulwesen noch nicht geordnet ist. Dieser Grund ist aber so unzureichend gewählt, daß man auf den Gedanken kommen möchte, die Regierung will sich mit dieser Frage gar nicht beschäftigen und unser Schulwesen gesetzlich ordnen, um auch weiter seine Hand behalten zu können. Das polnische Schulwesen ist nach den Gesetzen vom 17. Februar 1922 (Gesetzesblatt der Rep. Polen Nr. 18 vom Jahre 1922 Lof. 143 und 144) geregelt und gerade Art. 18. dieses Gesetzes legt der Regierung die Pflicht auf, auch das Schulwesen der Minderheiten zu regulieren. Dieses werden wir auch weiter mit allem Nachdruck von der Regierung fordern.

Die deutschen Schulgemeinden dürfen aber nicht die Hände in den Schoß legen und nur auf unsere Arbeit warten. Sie müssen unverzüglich dafür sorgen, daß sie an jeder deutschen Schule eine „ute aus den höchsten deutschen Männer“ bestehende „Opieka szkolna“ haben, daß ihre besten Männer in die „dozory“ und Schulräte hineinkommen und dort entsprechend für ihre Rechte eintreten. Art. 120 unserer Konstitution sagt deutlich, daß jedes Kind bis zum 18. Lebensjahr in der Schule Religionsunterricht erhalten muß. Deswegen ist das Bestreben der deutsch-evangelischen Kinder in die polnisch-katholischen Schulen, wo sie nicht nur ihre Muttersprache, aber auch den evangelischen Religionsunterricht vermissen müssen, ein Anschlag auf die uns durch die

General-Vertretung für Polen GENS & CO., Warschau, Ma szalkowska 130.

Sensterglas

L. Lewin, Szczecin, Piotrkowska 83
und Zakrzew 13. Telephon 12-83.

Telephon 26-89 tätig.

Harry Spreitzen
Szczecin, Nowostr. 1a, Wohnung 23.

Englische Sprachkurse

von W. S. JESIEN, Bachotnia 45.

Anmeldungen zu den n鋍hsten Kursen werden weiterhin entgegengenommen.

a. Lehrgang f黵 Anf鋘ger am Montag, Mittwoch und Freitag, von 7 bis 9 Uhr abends.

b. Lehrgang f黵 Fortgeschritten am Dienstag, Donnerstag und Samstag, von 7 bis 9 Uhr abends.

Beginn des Unterrichts der Gruppe A am 7. September, der Gruppe C am 10. September. — Eine kleine Anzahl Klassen. Unterricht ausschließlich englisch Konversations-Methode. — Keine Hausaufgaben. Zeugnis wird erteilt.

Anmeldungen t鋑lich bis 9 Uhr abends.

Und gehe zu garantie Freiheit der Presse unseres Volks und unseres Glaubens. Dogezen m黶sen wir allgemein entschieden Froni machen. Wir geben dem Staate was des Staates ist, l鯾nen uns aber auf ungerechtem Wege von irgend welchen Chauvinisten das Erbe unserer Vater, unsere Sprache und unsern Glauben nicht nehmen lassen.

E. Uta, Sejmabgeordneter.

pop Die gegenwärtige Lage der Industrie, die sich von Tag zu Tag durch fortgesetzte Liebhaberstörungen verschlimmert, hat sich infolge der neuesten Erhöhung der Arbeitslöhne bedenklich verschlechtert. Vor allen Dingen macht sich ein Mangel an Bargeld erstaunlich bemerkbar. Im allgemeinen haben die mittleren und kleineren Unternehmen mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als die Großindustrie. Zuerst trübt ist die Lage der Färbereien, die die Arbeitszeit auf 2 bis 3 Tage in der Woche herabgesetzt haben. Falls die Lage nicht baldmöglichst eine Besserung erfährt, werden die Färbereibesitzer gezwungen sein, ihre Betriebe zu schließen.

pap. Die gegenwärtige Lage in der Industrie, die es den Industriellen vielfach unmöglich macht, ihre Verpflichtungen im Auslande nachzuholen, hat, da dies das Vertrauen der ausländischen Industrieländer zu uns vollständig untergrub, u. a. zur Folge, daß die ausländischen Wollporträte die Lieferung von Wolle für die polnische Industrie sämtlich einstellen. Die französischen und belgischen Exporteure haben die Wolllieferung auf ein Mindestmaß beschränkt und die bereits in Danzig eingebrachten Wollmengen dort verkauft. Dieses Verhalten der ausländischen Wollporträte obliegt auf die Lage unserer Industrie den denkbaren schärfsten Entwicklungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die polnische Textilindustrie infolge Mangels an Rohstoffen den Betrieb ganzlich einstellen wird.

bip. In der Spinnerei und Weberei von L. Guttke in Biegier wurde den Arbeitern infolge Stillstandes in der Industrie gesündigt. Die Arbeiter der Firma von Biegier in Stryków wurden entlassen. Desgleichen wurde den Arbeitern der Fabrik von Stahl in Bobrownice gesündigt.

Kredite für Kleinindustrielle und Handwerker. Wie wir erfahren, hat sich die Postsparkasse bereit erklärt, Kleinindustriellen und Handwerkern durch Vermittlung der Wojewodschaftsbürokratie für Industrie und Handel sowie des Ministeriums für Industrie und Handel Anleihen unter günstigen Bedingungen zu erteilen. Diese Kredite, die kurzfristig sein und auf drei Monate laufen sollen, werden mit 14 Prozent im Jahresverhältnis und mit 6 Prozent für die geringeren Banken gleichfalls im Jahresverhältnis verzinst werden. Bittsteller müssen Gesuche an die Wojewodschaftsbürokratie für Industrie und Handel richten.

pap. Die Lohnbewegung. Der jüdische Fachverband der Friseurangestellten hat eine 50prozentige Lohnaufbesserung beantragt.

bip. Der 5000 M.-Straßenbahntarif. Mit dem heutigen Tage tritt der neue Straßenbahntarif in Kraft. Darnach kostet eine gewöhnliche Fahrkarte 5000 M. und eine ermäßigte 3000 M. für eine Fahrt am Abend sind 8000 M., in der Nacht 10.000 M. zu zahlen. Eine Monatskarte kostet 900.000 M.

Ein Geley über das Hauptpersonal. Das Arbeitsministerium hat einen Gesetzentwurf über den haushaltlichen Dienst ausgearbeitet, nach dem eine Dienstentlassung nach vierzehntägiger Kündigung erfolgen kann. Ohne Kündigung steht dem Dienstgeber das Recht zu, eine Hausgehilfin zu entlassen, wenn sie sich mit Worten oder Taten gegen ihn oder seine Familie vergeht oder in der Wirtschaft absichtlich Schaden angerichtet hat. Ebenso kann Entlassung erfolgen, wenn eine Krankheit länger als vier Wochen dauert. Die Hausgehilfin darf den Kontakt vor dem Termin lösen, wenn sie von der Herrschaft gemischt hat, geschlagen oder schlecht behandelt wird, wenn die Herrschaft den Kontakt nicht innehat oder nach einem anderen Ort übersiedelt. Für die Bewerbung um einen Dienst dürfen drei Tage vor Ablauf des Termins benutzt werden. Das Zeugnis darf niemals ungünstig lauten. Ohne Wissen der Herrschaft dürfen die Dienstboten nur bis 10 Uhr abends in der Stadt sein. Der Lohn ist monatlich, bei einem Jahreskontrakt vierteljährlich zu zahlen. Überstundenarbeit muß besonders entlohnt werden, zum mindesten in Höhe eines Zehntels des Tagelohnes. Von einer Köchin darf nicht verlangt werden, daß sie die Wäsche wäscht, die Fußböden wischt oder die Kinder wartet. Den Dienstboten steht eine zweistündige Mittagszeit und nach einjähriger Dienstzeit ein bezahlter Urlaub von vierzehn Tagen sowie Entschädigung für Beköstigung in Höhe des vierfachen Lohnes zu und im Laufe des Tages zehn Ruhestunden.

bip. Um die Gründung einer Handelskammer in Szczecin. Im Lokale des Zentralverbandes der Kaufleute fand eine Sitzung des Zentralrats der kaufmännischen Verbände statt, auf der Steuerangelegenheiten zur Besprechung gelangten. Es wurde auf die schwere Lage der Kaufleute hingewiesen, die unter den schweren Steuern leiden müssen. Da diese Steuern, besonders die Einkommens- und die Umsatzsteuer, Milliardensummen betragen, bereits in nächster Zeit erhöht werden sollen, würden die meisten kaufmännischen Unternehmen ruiniert werden. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit einen Landescongres der Kaufleute unter Beteiligung von Sejmabgeordneten und Senatoren einzuberufen, dessen Aufgabe es sein wird, eine Novelle zum Gesetz über die Umsatzsteuer auszuarbeiten und über die Schaffung einer Handelskammer in Szczecin zu beraten. Dieser Kongress wird in Szczecin in der Zeit vom 7. bis 15. Oktober stattfinden.

Aus der Handelswelt. Durch Kundsätreiben wird mitgeteilt, daß die seit 22 Jahren bestehende Haus- und Textilseifensfabrik Hermann Kroß unter der Firma Hermann Kroß Erben in unveränderter Weise weitergeführt wird. Mit der Leitung der Firma sind die langjährigen Mitarbeiter, Söhne des Verstorbenen, die Herren Wilhelm Kroß und Otto Kroß betraut worden.

pap. Deutzen für städtische Lebensmittel. Wie wir bereits berichteten, wandte sich die Magistratsabteilung für Handel und Wirtschaftsangelegenheiten an die Zentrale der Polnischen Landesdarlehenskasse mit der Bitte um ständige Zuerteilung von Fremdvalutaten, die zum Ankauf von Lebensmitteln in Danzig unbedingt erforderlich sind. Die Verwaltung der Landesdarlehenskasse hat dieser Bitte einmalig stattgegeben. Angesichts dessen ist der Magistrat dazu geschritten, in Danzig Lebensmittel einzukaufen.

Vom Museum. Am 3. September wurde in Szczecin das städtische Museum (Petrikauer 91) wieder eröffnet. Das Museum ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 4—7 Uhr geöffnet. Die Gebühr beträgt für Erwachsene 5000 M., für Kinder 1000 M. Schulen zahlen 5000 M.

Die Erklärungen der Deutschen im Stadtrat.

Stadtratsitzung vom 4. September.

bip. Nach Annahme eines Antrags des Stadtr. Ropalski in Sachen der Deklarationen der Stadtratsparteien und noch einer Interpellation des Stadtr. Ruczkowski in der Angelegenheit des Pflasters auf der Kiliusstraße verließ Stadtr. Heiser von der Nationalen Arbeiterpartei die Deklaration derselben, ebenso wie Stadtr. Nowack von der Nationaldemokratie. Die Erklärung des Stadtr. Ropalski vor der Polnischen Sozialistischen Partei wird von den Nationaldemokraten durch Zwischenrufe unterbrochen.

Nunmehr bringt Stadtr. Ruk die

Deklaration der Deutschen Arbeitspartei

dor, die nachstehenden Wortlaut hat:

„Berehrte Versammlung! Im Nochstehenden unterbreite ich Ihnen das Programm der Arbeiten unserer Fraktion im Stadtrat. Sowohl die nationale Unterdrückung als auch die nationale Verhebung mit aller Entschiedenheit verurteilt die Fraktion; ihr Ideal es ist, mit den Bewohnern polnischer Nationalität friedlich zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Unsere Fraktion und unsere Partei hat zweiteres Aufgaben: Die Verteidigung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung und die Verteidigung der kulturellen und politischen Rechte der deutschen Einwohnerchaft Polens. Gemäß der ersten Aufgabe lämpft die deutsche Arbeitspartei um bessere Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung, widersteht sich der Ausbeutung dieser Klasse durch das Kapital und strebt als Endziel die Umgestaltung der die Arbeiterschaften benachteiligenden Gesellschaftsform in eine Form um, die der ganzen Menschheit die Möglichkeit zu freier Entwicklung bietet. Gemäß der zweiten Aufgabe wird die Deutsche Arbeitspartei auf allen Gebieten der sozialen und politischen Tätigkeit mit aller Entschiedenheit die vollständige Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung fordern und um diese Gleichberechtigung mit aller Energie kämpfen. Wir werden alle bietenden Rechte verlangen, die uns die Verfassung Polens im Geiste ihrer Schöpfer garantiert, die Schaffung solcher politischer und gesellschaftlicher Lebensbedingungen, die uns die freie Teilnahme am Volk ermöglichen, sowie uns die Freiheit unserer Kultur und unserer politischen Gewohnheiten garantieren. Wir sind fest davon überzeugt, daß nur eine solche Erfüllung unserer gerechten Forderungen, eine solche Möglichkeit der freien kulturellen Entwicklung für alle Völker Polens den Nationalitätenkampf beenden und das friedliche Zusammenleben herstellen kann, welches nur bei Anwendung des Grundzuges vollständiger Gleichberechtigung möglich ist. Da wir nicht einmal den Schatten eines Hasses gegenüber dem polnischen Volk und dem polnischen Staate kennen, liegt uns das Wohlergehen dieses Landes und dieser Stadt, wo unsere Freie hand, nicht minder am Herzen, als unseren polnischen Mitbürgern und wollen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung unserer Stadt und unserer Heimat alles beitragen. Dies beweist schon die Geschichte unserer Stadt, aus der wir ersehen, daß unsere Väter das Meiste zur Entwicklung unserer Stadt, der Industrie und des Handels beigetragen haben. Auf vorsichtigen Städten lasten große Aufgaben, die durch mühsame Kleinarbeit zur Entwicklung und zum Wiederanbau des ganzen Landes beitragen werden. Die gesamte Selbstverwaltungsarbeits ist jedoch von einer vollständigen Selbstverwaltungsfreiheit in jeder Richtung abhängig. Wenn die Selbstverwaltungen ihr Dasein auch weiterhin nur am Schnürchen der Aufsichtsbehörden stricken sollen, die sich fast in allen Fällen nach der politischen Fornication in der Regierung und der Selbstverwaltung richten, muß die Initiative und die Anstrengungen der Selbstverwaltung versummen. Die Städte müssen in dieser Richtung hin einen schweren Vorwurf erheben, daß der Gedanke der kommunalen Selbstverwaltung im politischen Sinne unter dem staatlichen Bürokratismus vollständig zugrunde gehen muß. Erstaunend ist vor allen Dingen die Tatsache, daß die staatliche Gesetzgebung noch kein festgelegtes Verhältnis zu den Selbstverwaltungen kennt. Die Steuerpolitik des Staates ist für die Selbstverwaltungen gerichtet zum Verhängnis geworden. Die Selbstverwaltung, d. h. das Recht der Nebernahme und der Durchführung von Ausgaben unter eigener Verantwortung ist nur dann möglich, wenn das Recht und die Pflicht für die Deckung Hand in Hand geht. Es gibt keine selbständige Ausgabenpolitik ohne selbständige Steuerpolitik. Deswegen erwige Staatsanleihen, des wegen ständiges Verspielen der Löcher mit neuen Löchern, da die Selbstverwaltungen selbst die Beamtengehalter aus eigenen Mitteln nicht decken können. Die großen Nachfrageprobleme, wie die Ernährung, Erwerbsunfähiger, die Versorgung der Familien Gefallener, der Arbeitsunfähigen, das Wohnungsproblem usw. können nur durch die Selbstverwaltungen gelöst werden und dies nur dann, wenn dieselben vollständige Steuerfreiheit erhalten. Deswegen werden wir die Selbstständigkeit der Selbstverwaltungen verlangen. Außerdem wird die Fraktion fordern: 1. Gleichberechtigung für alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität und der Religion, entsprechend den in der Verfassung aus verbrieften Rechten; 2. Beteiligung der Deutschen an den kulturellen Institutionen unserer Stadt; 3. Erhaltung und Erweiterung der unentgeltlichen allgemeinen Schulpflicht in Volksschulen mit der Muttersprache des Kindes, wobei der Bevölkerung sprachende, der Wichtigkeit und dem Charakter ihrer Aufgaben ange-

messene Gehaltszuflüsse zu den Staatsbezügen gewährt werden müssen und nicht wie bisher — Belastung der Bevölkerung bei Hungergäbtern; 4. Schaffung einer Städtischen Mittelschule mit dritter Unterichtssprache; 5. Ausdehnung der Volksbildung und der Bildungskunst bei Berücksichtigung in die ersten Ansicht der Bedürfnisse der Minderheiten; 6. Erweiterung der Tätigkeit der Fortbildungslinie; 7. Unentgeltliche ärztliche Hilfe für alle Unbefriedigten; 8. Allseitige Fürsorge für Arbeiterkinder durch Erweiterung der Kindertruppen, Kinderheime, Kindergarten, Wocheneinnahmen usw.; 9. Versicherung der Arbeitslosen durch Vornahme öffentlicher Arbeiten, Straßenbau, Kanalisations- und Wasserleitungsbau etc.; 10. Sozialisierung aller zum Wohle der Öffentlichkeit dienenden Unternehmen, wie Straßenbahn, Elektrizitätswerk, Theater, Kinos, etc. als Einnahmequelle für die Stadt; 11. Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung durch entsprechende Bauordnungen, planmäßige Ausleitung großer Sozialangebote der Wohnungsbau, Zusammenschluß der Straßenbahn nach den Vororten, Erhöhung des sozialen Standes der Wohnunser, Bau eigener Häuser durch den Staat und die Stadt und Übergabe der bisher innegehaltenen Räume an die Wohnungsbau; 12. Auflösung der städtischen Steuern auf die Besitzenden; 13. Beseitigung der indirekten Besteuerung von Lebensmitteln und Artikel des ersten Bedarfs; 14. Erhaltung der Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung, wie: Achtkunderttag, Streikfreiheit, Freiheit des Wortes und der Versammlungen, Krankenfalle usw.; 15. Kampf mit dem Protektionismus und 16. Kampf mit der Tunktus.

Für die Erfüllung aller dieser Postulate soll mit ganzer Entschiedenheit eingetreten werden.

Während der Verlesung werden darüber Rufe der Nationaldemokraten laut: „Geht nach Berlin und Danzig!“ (!).

Nachdem die Stadtr. Holenderski von der „Polejion“, Dr. Schweig von der „Hirschdorff“ (Zwischenrufe), Rücksicht vom „Bund“ und Stadtr. Mirzberg er ihre Deklarationen verlesen haben, eröffnet im Namen der Bürgerlich-Deutschen Partei Stadtr. Rode das Wort.

Deklaration der Bürgerlichen Deutschen Partei:

Die Bürgerliche Deutsche Partei ist vor allem eine Partei der Ruhe und Ordnung.

Als Ihre ehrenvolle Aufgabe betrachtet unsere Partei vor allem die Verteidigung aller dessen, was zur Festigung des Rechtes, der tatsächlichen Gleichberechtigung aller Bürger und zum kulturellen Aufblühen unserer gemeinsamen Heimat auf diesen Grundlagen dient. Wir wollen, daß die einzelnen Nationalitäten und gleichfalls die einzelnen Klassen zum gemeinsamen Wohle ruhig nebeneinander leben, gemeinsam für unser Wohlstand arbeiten und alle Klassen-, Religions- und nationalen Kämpfe vermeiden.

Von dieser Überzeugung ausgehend, stellen wir als die wichtigste Aufgabe unserer Partei in der durch uns im Stadtrat begonnenen öffentlichen Arbeit folgende Richtlinien auf:

1. Verbreitung der Aufklärung. Die allgemeine Schule muss beibehalten werden. Schulen, nicht nur Poln., sondern auch Mittelschulen, nach Möglichkeit auch die höhere Schule, sollen als unentgeltliche Lehranstalten für alle Nationalitäten, Stände, Klassen und Konfessionen zugänglich sein. Der Unterricht in ihnen muß um für die Schüler leicht verständlich zu sein, in der Muttersprache nach dem Willen der Eltern erlebt werden.

Die staatlichen und kommunalen Unterstützungen für diese Lehranstalten dürfen nicht wie es bisher der Fall war, nur den Schulen der polnischen Mehrheit gewährt werden, sondern solln im Gevernehmen mit den Gründen der Staatsverfassung proportionell auch unter die Schulen der nationalen Minderheiten verteilt werden.

2. Die Besteuerung der Bürger muss ihrer Zahlungsfähigkeit angepaßt werden: die minder Vermögenden müssen weniger belastet und die Wohlhabender mehr besteuert werden, jedoch darunter, daß die schaffende Kraft des Kapitals, ohne die vor allem die arbeitende Klasse die Verdienstmöglichkeit verlieren würde, nicht ruiniert wird.

Die Besteuerung der Gegenstände des ersten Bedarfs, die sich bei den ärmsten Bürgern am schwersten fühlbar macht, bekämpfen wir und sie darf nicht gebündet werden.

3. Die Arbeit muss frei und für jeden Bürger, der arbeiten will, zugänglich sein. Wir wollen die Verschärfung gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit, doch sind wir gegen jegliche andere Art von Unterdrückung der Arbeitslosen, als in der Form von ehrlicher und bezahlter staatlicher oder städtischer Unterstützung. Wir werden alle Versuche, Arbeitswillige aus ihren Werkstätten gewaltsam aber durch Drohungen zu vertreiben, bekämpfen.

4. Die Wohnungsnott und das Valuta-eland werden wir nachdrücklich bekämpfen, unabhängig der Protests kurzfristiger Parteifandpunkte. Im Interesse derjenigen, die so unerträglich unter dem jetzt herrschenden Wohnungshunger leiden, wollen wir, allmählich und schmerzlos für die Mutter, eine durch die Regierung start unterstützte Bautätigkeit anstrengen, die Niederung des

Preises über den Mieterzins anstreben, das wohl die Städte in Trümmer legt, die Stadtkasse und Städtehäuser der zuverlässigen Steuerzahler in den Haushaltern beraubt und von Tag zu Tag die Zahl der Wohnungen für uns alle verkleinert. Auf diesem Wege werden wir die Ketten der Arbeitenden sprengen, die bereits heute keine Besserung ihrer und ihrer Familie Lage durch Befreiungen in einer anderen Stadt suchen können, weil sie nirgends eine freie Wohnung finden.

5. Wir sind uns der schwierigen Lage unserer Stadt, die dank der über ein Jahrhundert dauernden Arbeit unserer Vorfahre, als unsere Pioniere, heute einen Weltkrieg als polnisches Industriezentrum präsent, ohne die man sich die heutige Macht unseres Staates schwer vorstellen kann, in jeder Hinsicht voll bewußt und werden immer und mit allen Kräften für das Wohl unserer Stadt einzutreten.

Gleichzeitig wenden wir uns an alle Fraktionen und Parteirichtungen, die in dem gegenwärtigen Stadtrat vertreten sind, mit der Bitte, immer daran zu denken, daß wir vor allem zur Festigung der schwärmenden Wirtschaftslage der Stadt Lódz bestimmt sind — daher weniger Worte, mehr Taten.

Auch bei dieser Deklaration werden wie bei derjenigen der Deutschen Arbeitspartei Zwischenrufe: „Geht nach Berlin!“ laut (!).

Stadtr. Wolczynski berichtet hierauf über den Antrag des Stadtr. Holenderski in der Wohnungssfrage. An der sich hierüber erinnrenden Zusprache nehmen die Stadtr. Holenderski, Bariczal und Bichlstein teil.

Nunmehr gelangt der Antrag des „Bund“ und der Polnischen Sozialistischen Partei über die Vorfälle während der Streikzeit zur Sprache, worüber wieder Stadtr. Wolczynski Bericht erstattet. Die Kommission habe den Antrag angenommen, doch nicht die Summe festgesetzt, die den Opfern dieser Vorfälle beigebracht werden soll. Es ergreifen die Stadtr. Ropalski von Bichlstein in das Wort, die der Zusammensetzung mit der Polizei Erwähnung tun. Es entpuppt sich eine laue Absprache. Zum Schluß wird der Antrag der Kommission bezüglich der Untersuchung in dieser Angelegenheit angenommen.

Kooperative, die von der Handelsabteilung des Magistrats Buder erhalten wollen, müssen höchstens bis zum 8. September eine Vorauszahlung von 4000 M. für jedes Kilo leisten.

Weitere zw. i. Morale Gefängnis für Dr. v. Behrens! Gestern nachmittag verhandelte das Lódz. Bezirksgericht unter dem Vorsitz des Verteidigers Witkowski gegen den Verlagsleiter der „Freien Presse“ Dr. Eduard von Behrens, der angeklagt war, den ehemaligen Vizeminister für das preußische Teilstaatsgebiet Dr. Stanislaw Wachowiak in einem Artikel „Wachowiak, der Oberwolf“, der im November 1921 in der damaligen „Lodz. Freien Presse“ erschienen ist, beleidigt zu haben. Die Anklage vertrat Unterstaatsanwalt Manddecki. Es wurde in Abwesenheit des erkrankten Angeklagten und der Verteidigung Wachowiak verhandelt.

Der Staatsanwalt hielt eine längere Anklagerede, in der er bat, gegen den Angeklagten die ganze Säure des Gesetzes anzuwenden. Der Verteidiger Dr. v. Behrens, Rechtsanwalt Braun, betonte in seiner Rede, daß der beschuldigte Artikel nichts Bekleidendes enthalte. Er lasse sich in zwei Teile zerlegen: der erste enthalte eine Kritik des Abgeordneten, nicht des Vizeministers Wachowiak, und weise keine beleidigenden Ausdrücke auf. Der zweite Teil dagegen richte sich gegen den Direktor einer Döerner Fabrik Dr. Wachowiak. Letzter könnte hier nur auf Grund einer Privatlage dieses Herrn gegen Dr. v. Behrens verhandelt werden. Der Verteidiger kritisierte ferner die mangelhafte Überzeugung des beklagten Brüderparteis.

Nach einer einständigen Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis, ermächtigte jedoch auf Grund des Anwaltsgesetzes die Strafe um die Hälfte. Der Staatsanwalt beantragte die Hinterlegung einer Bürgschaftsumme von hundert Millionen (!) Mark, wozu gegen die Verleihung protestierte. Das Gericht ermächtigte hierauf die Bürgschaftsumme bis auf 5 Millionen Mark.

Wie wir hören, legt die Staatsanwaltschaft gegen das „milde“ Urteil Protest ein. Auch der Verurteilte wird gegen das Urteil Berufung einlegen. Die Rantou wird heute in die Finanzklasse eingezogen.

bip. Steuern zahlen! Gestern herrschte im hiesigen Finanzamt ein überaus reger Verkehr. Abordnungen verschiedener Vereinigungen und Kooperationen aus Lódz und Umgegend waren eingetroffen, um näheres über den Termin der Zahlbarkeit der Steuern zu erfahren. Es muß daran erinnert werden, daß alle Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H., die zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, bis Ende dieses Monats Umsatzberichte über das Jahr 1922 in der Steuerabteilung des Magistrats einreichen und 2 pro mille für den Umsatz zahlen müssen. Wer die Umsatzsteuer für Juli noch nicht entrichtet hat, muß dies schleunigst erledigen, andernfalls droht ihm schwere Strafe. Der Termin der Zahlbarkeit für die Umsatzsteuer für August läuft am 15. September ab.

Bravo! Wir mußten wiederholt Klage führen über das unkulturelle Verhalten der Auto- und Wagenbesitzer, die im Poniatowskipark ihr Unwesen treiben. Jetzt hat

der Magistrat den Beschluss gefasst, dem Unfug zu steuern und den Wagenverkehr in diesem Park ganz zu verbieten. Heute ist dort nur das Radfahren gestattet. Der Zaun dieses Parks wird jetzt mit einem Rostschuhmittel überzogen werden. Von dem Wunsche bestrebt, die Einwohner unserer Stadt zur Ordnung in den öffentlichen Anlagen zu erziehen, beschloß die Magistratsabteilung für Wirtschaftsangelegenheiten, im Poniatowski Park besondere Parkordnungen aufzustellen.

pap. Die gestrigen Marktpreise stellen sich, wie folgt, dar: $\frac{1}{4}$ Körige Kartoffeln 45 000 M., ein Schaf Rind 300 000 M., Garten 120 000 M., Mohrrübenbüschchen 40 000 M., Petersilienbüschchen 40 000 M., Brüder 40 000 M., Radisches 60 000 M., Sellerie 40 000 M., grüne Zwiebeln 40 000 M., das Kilo trockne Zwiebeln 5000 M., Blumenmilch 4000-7000 M. das Stück, ein Liter Milch 5000 M., ein Quart Butter 120 000 M., eine Mandel Sier 35 000-40 000 M., ein Liter Saft 40 000 M., ein Liter Quark 20 000 M.

pap. Nach das Sterbes wird teurer. Der Verband der Sargtischler in Łódź unterbreitete dem Referat zur Bekämpfung des Wuchers eine neue Preisliste, das diese auch annehmen. Danach kostet ein 1-2 Ellen langer Sarg 192,000 bis 512,000 Mark, ein 2-3 Ellen langer Sarg 1. Gattung 552,000 bis 800,000 Mark, 2. Gattung 560,000 bis 1,080,000 M.

Die Toten in Łódź. In der Zeit vom 9. bis zum 25. August erkrankten in Łódź: An Unterleibsyphus 31 Personen (3 Todesfälle), an der Ruhr 11 Personen, an Cholera 7 Personen (1 Todesfall), an Diphtheritis 2 Personen, an Kindheitserkrankungen 5 Personen, an der Rose 1 Person (1 Todesfall), an der Schwindsucht starben 23 Personen.

Spenden.

Das ist nachstehende Spende per Wallerga übermittelt worden, für die mit den Spendern im Namen der Beobachter herzlich danken.

Für das Hans der Warmherzigkeit 3000 M. von Familie Hölter zur Ehrengabe des Abendens am Frau Alwine Ramisch. Mit dem bisherigen zusammen 625,750 M.

Kunst und Wissen.

Die deutschen Buchpreise. Der Börsenverein Deutscher Buchhändler hat infolge der weiteren Vereuerung der Produktionskosten seine Schlüsselzahl vom 1. September ab auf 1 600 000 festgesetzt.

pap. Die Universität Łódź. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, hat die Angelegenheit der Gründung einer Universität in Łódź einen bedeutenden Schritt vorwärts getan. Schon Ende dieser Woche findet eine Sitzung einer besonderen Kommission statt, in der die Richtlinien und Vorbereitungssarbeiten besprochen werden sollen, um das Interesse der Industriekreise für diese Anlegenheit zu wecken.

Vereine und Versammlungen.

Christlicher Kommissionsverein z. a. u. Donnerstag, den 6. September, um 9 Uhr abends wird Herr Privatlehrer Freudenthal aus Hannover einen Vortrag über Physiognomik halten.

Der Frauenverein der St. Johannisgemeinde beginnt am Donnerstag, den 6. September, mit den regelmäßigen Vereinsversammlungen.

Der Frauverein "Utopia", Milschstr. 64, findet am Freitag, den 7. d. Ms., um 7 Uhr abends die übliche Morätschung statt.

Das Unglück in Japan.

Blätternotizen zufolge bildet die Halbinsel Iō die Zentrale des Erdbebens, von dem Japan gegenwärtig heimgesucht wurde. Diese Halbinsel liegt ungefähr 200 Kilometer in südwestlicher Richtung von Tokio entfernt und ist russischen Ursprungs.

Der "Daily Express" berichtet aus Osaka: Das japanische Blatt "Nippon", dessen Druckerei allein von allen Druckereien verschont geblieben ist, ist am 3. September erschienen. Die Redaktionen der übrigen Blätter wurden nach Osaka verlegt. Aus Osaka wandte man sich telegraphisch an das Marineministerium in Tokio und erhielt jedoch keine Antwort, was darauf schließen lässt, daß das Gebäude zerstört worden ist. Die Handelsstadtteile waren vollständig in Trümmer. Als die Erde zu bebauen begann, flüchteten die Einwohner in Schrecken nach dem Bahnhof in Mansebauchi. Das ungeheure Gebäude stürzte jedoch ein und beschädigte hunderte von Menschen unter seinen Trümmern. Die sogenannte "heilige" Insel Enoshima wurde vollständig überwältigt.

Das französische und das italienische Gesandtschaftsgebäude wurden vollständig zerstört. Den Berechnungen des Marineministeriums zufolge kamen allein in Tokio 150 000 Personen ums Leben. Der Katastrophen fielen n. a. 2000 Menschen zum Opfer, die beim Ausbruch der Katastrophe gerade zu einer Sitzung versammelt waren. Wie aus Osaka berichtet wird, ist in Japan ein Berg abgerutscht, der die Erdbebeneippe entstanden. In Tokio herrscht großer Lebensmittelangefang. Das Feuer breitete sich in Tokio nur wenig betroffen, da es auf einer Erhöhung gelagert und somit von den Meereswellen verschont geblieben ist.

Englische Blätter berichten, daß durch das Erdbeben in Japan gegen 300 000 Personen ums Leben gesommen sind. Folgende Städte sind zum Teil oder ganz zerstört: Tokio, Yokohama, Tukarawa, Sontakala, Tsurorokawa, Yamit, Golemba und Hasone. In Tokio selbst wurden 200 000 Häuser vernichtet, davon fielen 150 000 den Flammen zum Opfer. In Tokio ist es zu großen Lebensmittelunterschriften gekommen. Die Polizei mußte von der blauen Waffe Gebrauch machen. Die Städte Amakusa und Jolmaka sind dem Erdbeben gleich gemacht worden.

Warechauer Börse.

	Warschau, 6. September.
Millionówka	Pfund Sterling
Pföhr d. Bodenkred. —	Kanadische Dolar
Gobanleihe —	Franz. Franks
Valuten.	Tschechoslow. Kr.
Dollars	Deutsche Mark
	S e c t s .
Belgien	Biga
	Prac
	Schwed.
London	Wien
New-York	Rom
Paris	Bukarest
	Christiania
	—

Zurich 4 September (Pat) Aufgangsnotierungen

Berlin 000048 Amsterdam 21825 New York 554 London 2517 Paris 3132 Mailand 2335 Prag 1644 Budapest 0031 Belgrad 535 Sofia 530 Bukarest 252 Warschau 00023 Wien 000781 Oester. Kr. 00078

Aktien

(Notiert in Tausenden.)

Anmerkung: Die Ziffern bei den einzelnen Notierungen bedeuten 1. Samm.-stück zu 100 Stück, 2. zu 50 Stück, 3. zu 25 und 30 Stück 4 zu 10 Stück 5 zu 5 Stück, 6. andere kleinere und 7. Einz.-stücke

Diskontobank	—	Spiritus	3 1400 1725 1600
Handels- u Ind.-Bank	275	Marynia	—
I. 300 310-305	—	Napathia	125-120
Dohl. Handelsbank	200-205	Gebr. Nobel	345 325 335
Genossenschaftsbank	350	Pustelnik	245
Landw. Verein	90-80-95	Teppaz	610-650
War. Industriebank	75	Unia	—
Handelsbank	1900	Fitzner u Gampe	2800 2000
War. Kreditbank	170 200	2300	—
Westbank	—	Potashwerke	1500
Lemb. Ind. Bank	90-85	Spies	260-250 255
Arbeit. Gen.-Bank	600 610-615	Strem	—
Kleinpolnische Bank	105-107,5	Wildt	205, 1. 180, 2. 190-230-205
Lemb. Landw. Kr.-Bank	—	Czerak	450 430-450
Wiln. P. Hand.-Bank	—	Belpol	—
Tjewski	1125-975 1000	Goslawiec	550 600
Pols	120-112-122,5	Zuckergesell.	4 u 5 8000-9400-1200, 7. 9700 9500-10300
Ch. dorow	1325 1225 1300	Trzebinia	—
Firley	—	Konkierge L.	1. 1075 1025-1140 rest 1350-1230 1283
Czestochowskie	6000 5800	Modrzejow	1925-1700 1875
Mietalow	800 750-770	Starachowice	1. 155-145
Lazy	100-95	Ortow-in	1. 200 212,5
Holzgesellschaft	68-82	Roba & Zieliński	220 235 230
Cegielski	160 155	Poelsk	200 212,5
Li'pop	220 187,5 207,5	Zieloniewski	2200-2000-2100
Norblin	1. 315, 2. 425 375	Zawiercie	—
4. 490 480	—	Borkowski	175-180 187,5
Ostr.-Werke	2400 2250 2370	Schiffahrtsges.	30-27-28
5 Em 2350 2075-2150	—	Leder u. Gorberalen	55
Terajna	—	Omiełow	230 220
R. dzki	1. 730 550-770	Kabel	225 265-280
Ursus	320 315	Haberbusch	875 850-880
Lokomotivenges.	140-125-130	Kucze	185 190
Bormann und Sonwade	—	Bojn. Naphtia Ind.	840 790
Zydradow	60000 81000	Lenartowicz	45 45 5
Jabłkowsky	47 44	Lerdw. syndikat	725
Polba	33	Bednowski	725
West-Ges. für Handel	55	—	—
Polo. Elekt.-Ges.	210-190	—	—
Sita i Swiatow.	238 260	—	—

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Hauptleiter Adolf Kargel. — Druck und Verlag: "Libertas" Verlagsgesellschaft m. b. H., Verlagsdirektor Dr. E. v. Behrens.

Teichmann & Mauch

Vertreter der österreichischen Dynamowerke, Wien, Elektrotechnisches Installationsbüro und Reparatur-Werkstätten
Lodz, Petrikauer Straße 240.

Reparaturen von Elektromotoren, Dynamomen, Transformatoren, Kreis- u. Heizapparaten sowie alle in das Hochschlagenden Arbeiten.
Prüfung von Blitzableitern von elektrischen Leitungen und Kraftanlagen.

Lager von elektrischen Installationsmaterialien sowie Motoren und Dynamos in jeder Größe.

Auf Anfrage hin! Sparer können, Kinder, Bärchen, Tiere, Gardinen und Kleider, um zu kaufen u. zu verkaufen bei LEON RUBASZCZYK, Kilińskiego 40.

Größte Provinzial-Tageszeitung Das gelesene Blatt der großen Woiwodschaft Lublin und Randgebiete

Express Lubelski Herausgegeben in großstädtischem Stil. Verfolgt lebhaft die Tagesereignisse. Besitzt einen großzügigen Informationsdienst.

Es eins der gelesenen Blätter in allen Kreisen.

Vorteilhaftes Insertionsorgan für Handels- und Industrie-Unternehmen.

Verlagsadresse: Lublin "Express Lubelski", Kołuszk-Straße Nr. 8. Postfach Nr. 117.

Kirchengemeinde der St. Trinitatisgemeinde zu Łódź.

Die Herren aktiven und passiven Mitglieder werden höflich erachtet, an der heutigen, $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags stattfindenden Beerdigung der Gattin unseres Mitgliedes, Frau

Hedwig Bertha Wagner

vom Trauerhaus Kruka Straße Nr. 7 aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe, zahlreich teilzunehmen.



Kirchen-Gesang-Verein der St. Trinitatis-Gemeinde.

Da Freitag, lieber Freunde in unserem Lokale die Feierlichkeiten d. Rahmenwerke d. Gesangvereins "Corcordia" abgehalten werden, findet der

Bereinsabend Donnerstag statt.

Dr. Gustav

Br. med. Gustav

Zand-Tenenbaum

Frauenkrankheiten und Geburtshilfe.

Zurückgekehrt

Wolszczakstr. Nr. 4

Zurückgekehrt

Dr. Rabutowicz

Salz, N. sens. Oberarztarbeiten.

Grüne - Straße 3.

Sprechstunden: 11 $\frac{1}{2}$ -1 u. 5-6 Sonntags 11 $\frac{1}{2}$ -1.

Tel. 11-31.

Dr. Ludwig Falk

Spezialist für Hals-

und Geschlechts-

krankheiten

Empfang von 10-12 u.

von 5-7 12-8

28/8

nawrotstr. Nr. 7.

Dr. med. Roschauer

Hals-, Geschlechts-

und Harnleiden.